Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 76 (1998)
Heft: 2

Artikel: Staatshaushalt und Haushaltskasse
Autor: Sax, Anna
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341411

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Staatshaushalt und Haushaltskasse

In der makroökonomischen Theorie werden heute immer noch nur jene Güter und Dienstleistungen berücksichtigt, die in Form von Erwerbsarbeit produziert werden. Die unbezahlte Nichterwerbsarbeit,

Anna Sax

die als Haus- und Freiwilligenarbeit (Nachbarschaftshilfe, Betreuungsarbeit etc.) geleistet wird, findet in den Wirtschaftsanalysen der Ökonomen dagegen keinen Platz. Dies hat unter anderem zur Folge, dass das Wissen über die Auswirkungen staatlicher Budgetentscheide auf die Frauen praktisch noch am Nullpunkt ist. Das «Volkseinkommen», das als Wohlstandsindikator noch immer die wichtigste Rolle spielt, wird in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor erwirtschaftet. Während die Privatwirtschaft seit der Erfindung der Marktes im 18. Jahrhundert theoretisch nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu funktionieren hat, wurde mit der Herausbildung des Wohlfahrtsstaates nach dem 2. Weltkrieg dem öffentlichen Sektor die Rolle zugewiesen, dort für die Erfüllung der Bedürfnisse zu sorgen, wo der Markt versagt und zugleich ein gesellschaftliches Interesse an Dienstleistungen vorhanden ist. Der Staat übernahm die Verantwortung dafür, dass alle Zugang haben zu einer Schulausbildung, zur Gesundheitsversorgung, zur Alterssicherung, zu Strassen und öffentlichen Verkehrsmitteln, zum Elektrizitäts-, Post- und Telefonnetz. Kurz – der «Service public» war als staatliche Aufgabe anerkannt.

Ignorierte Gratisarbeit

Dass der «Service public» heute mit den grassierenden neoliberalen Spar- und Privatisierungsbestrebungen zunehmend in Gefahr ist, kann niemandem entgehen. Die Folgen des Abbaus öffentlicher Dienstleistungen bedrohen den Wohlstand vieler Leute und gefährden den sozialen Frieden. Mit zunehmender Unterstützung aus der Bevölkerung unternehmen linke PolitikerInnen gemeinsam mit den Gewerkschaften grosse Anstrengungen, die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates zu verteidigen.

Die wirtschaftspolitischen Analysen der Linken haben jedoch einen schwerwiegenden Mangel: Ebenso wie die Sparrezepte der neoliberalen Rechten ignorieren sie die Tatsache, dass es neben dem privaten und dem öffentlichen noch einen dritten Sektor gibt. Dieser beinhaltet die ganze Palette wirtschaftlicher Aktivitäten, die von der Geldökonomie nicht tangiert werden. Linke wie bürgerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik beschäftigt sich bis heute ausschliesslich mit den Vorgängen in der Wirtschaft, die in den Statistiken der nationalen Buchhaltung zum Ausdruck kommen. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist es die wichtigste Aufgabe des Staates, für die Wiederherstellung der «Vollbeschäftigung» zu sorgen. Die unbezahlte und damit «unproduktive» Versorgungs- und Beziehungsarbeit, ohne die eine Gesellschaft mitsamt ihrer Volkswirtschaft nicht existieren kann, kann weder gewerkschaftlichen noch staatlichen Schutz erwarten, solange sie schlicht nicht wahrgenommen wird.

Auswirkungen von Budgetentscheiden

Was bedeutet nun diese Erkenntnis, die von Feministinnen seit Beginn der Diskussionen um staatliche Budgetkürzungen immer wieder betont worden ist? Die kanadische Ökonomin Isabella Bakker machte an einer Tagung, die der Frauenrat für Aussenpolitik Ende Oktober 1997 durchführte, deutlich, dass staatliche Budgetentscheide im allgemeinen unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben. Dies gilt sowohl für die Einnahmen- wie für die Ausgabenseite. So ist etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Frauen, die das Haushaltsbudget verwalten, stärker spürbar als für Männer, die den Löwenanteil am Lohneinkommen erzielen und daher eher von der progressiven Einkommenssteuer tangiert sind. Auf der Ausgabenseite wirken sich Kürzungen im Sozialbereich auf Frauen besonders nachteilig aus, da sie mit der Pflege von Angehörigen und mit Gratisarbeit wegfallende staatliche Dienstleistungen ersetzen müssen. Ein Beispiel auf kommunaler Ebene liefert die Stadt Zürich, die aus Spargründen eine Anzahl von Hallenbädern schliessen möchte. Umfragen zeigen jedoch, dass unter Mädchen und Frauen ausgerechnet Schwimmen die beliebteste Sportart ist. Bei den städtischen Fussballplätzen, wo sich fast ausschliesslich Männer vergnügen, sind Schliessungen kein Thema. Solche geschlechterspezifische Auswirkungen, so Bakker, müssen dringend genauer analysiert werden und in die finanzpolitische Entscheidungsfindung einfliessen.

Ineffiziente Sparpolitik

Es geht noch um mehr als um eine absehbare Mehrbelastung der Frauen: Selbst aus traditioneller ökonomischer Perspektive muss die Frage gestellt werden, ob eine fehlende Mutterschaftsversicherung, verweigerte Infrastruktur für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung und Lohndiskriminierung aus Spargründen nicht volkswirtschaftlich ineffizient sei. Immerhin liegt so ein vorhandenes Arbeitskräftepotential für die Wirtschaft brach, während auf der anderen Seite Männern die Zeit fehlt, sich gesellschaftlich notwendigen, aber unbezahlten Aufgaben zu widmen, für die sie nicht weniger geeignet sind als Frauen.

Als im letzten Herbst das Schweizerische Parlament über einen Investitionsbonus debattierte, verlangten linke Parlamentarierinnen einen Anteil am Kuchen für Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Frauenförderungsmassnahmen im Arbeitsmarkt. Sie begründeten ihren Vorstoss damit, dass es sich dabei um Investitionen zur Vermeidung der oben beschriebenen ineffizienten Aufgabenverteilung handle. Im Unterschied zu Strassenbau- und Gebäudesanierungsprogrammen, mit denen in erster Linie bezahlte Arbeitsplätze für Männer geschaffen werden, hatte diese Forderung nicht die geringste Chance.

Frauenbudgets anderswo

In Kanada hat sich eine breite Koalition von NGO's und Gewerkschaften gebildet, der auch Isabella Bakker und ihre Organisation, die «Women's International League for Peace and Freedom», angehören. Diese Koalition führt eine Analyse des Regierungsbudgets durch und versucht, mit den Resultaten Budgetentscheidungen und die Steuerpolitik der Regierung zu beeinflussen. Dabei spielen ökologische, soziale und gleichstellungspolitische Kriterien eine Rolle.

In Australien wurden während der Regierungszeit der Labour von 1994–96 Budgetanalysen im Hinblick auf die Situation der Frauen auf Regierungsebene erstellt. Und der südafrikanische Kongress beschloss 1986, dass jeder Budgetantrag in seiner Begründung auch darüber Rechenschaft geben muss, wie die Stellung und Lebensverhältnisse der Frauen tangiert werden.

Es gibt also über die notwendige Rettung des «Service public» hinaus viel zu tun: Als erstes muss die Wirtschafts- und Finanzpolitik den unbezahlten Sektor zur Kenntnis nehmen. Es braucht umfassende Untersuchungen über die Rolle, welche die Arbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung und im Gemeinwesen für die Volkswirtschaft spielt. Anschliessend wären gezielte Analysen der öffentlichen Budgets vorzunehmen mit dem Ziel, herauszufinden, wo die Gleichstellung tangiert ist und wie sie gefördert werden könnte. Bei der föderalistischen Struktur der Schweiz könnte es sinnvoll sein, «Pilotprojekte» für Frauenbudgets in einzelnen Gemeinden oder Kantonen zu lancieren.

Anna Sax ist Ökonomin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der SP-Fraktion der Bundesversammlung.